

An diesem Samstag werden sich in Washington und in Hunderten anderer Städte weltweit Bürger zu einem „March for Science“ versammeln, um auf die tektonischen Verschiebungen in Politik und politischer Kommunikation zu reagieren. Diese sind in vielen Gesellschaften beobachtbar, zeichnen sich indes, wie so häufig, besonders prägnant in den Vereinigten Staaten ab und verändern das komplexe Funktionsgefüge von Wissen und Macht.

Als im Präsidentschaftswahlkampf 2012 der für den republikanischen Kandidaten Mitt Romney tätige Umfrageforscher Neil Newhouse öffentlich erklärte, man lasse sich die Kampagne doch nicht von „fact checkers“ diktieren, war es den Demokraten noch ein Leichtes, mit einem bloßen Zitat rhetorisch zu punkten. Voraussetzung solchen Erfolgs war ein *common ground* gesellschaftlich geteilter Selbstverständlichkeiten, der in den vier Jahren, die seither verstrichen sind, erodierte. Mit dem Wahlsieg Donald Trumps droht eine Ordnung der *alternative facts*, in welcher Wissensansprüche nicht mehr begründungsbedürftig und auf Sachverhalte bezogen sind, sondern nurmehr dezisionistisch auf Machtverhalte.

Populistische Angriffe dieser Art gelten nicht allein der modernen Gesellschaft und dem Umstand, dass diese sowohl Voraussetzung als auch Ergebnis sehr leistungsfähiger pluralistischer Wissenschaftssysteme ist, von denen sie in unabwehrbar vielen Hinsichten informationell abhängt. Vielmehr werden zugleich die Konstitutionsbedingungen demokratischer Verfassungsstaatlichkeit in Frage gestellt.

Wie Peter Graf Kielmansegg treffend festgestellt hat (F.A.Z. vom 13. Februar), steht der Populismus für „das Aufbegehren eines eindimensionalen Demokratieverständnisses gegen eine komplexe demokratische Wirklichkeit“. Komplex ist sie, sofern sie Differenz institutionalisiert dadurch, dass sie „der Idee der Volksherrschaft das Postulat ihrer Verrechtlichung gegenüberstellt“; dass sie „das eine Volk in Repräsentation und Repräsentierte auseinanderträgt“; dass sie „an die Stelle des einen, mit sich selbst einigen Volkes die Anerkennung der Vielheit der Gruppen, der Weltanschauungen und der Interessen setzt, in die das eine Volk sich gliedert“.

Demokratie verbindet also prozedurale Vorbehalte mit verfassungsförmigen Vorentscheidungen wie den Grundrechten. Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verhalten sich komplementär: Das Individualrecht allgemeiner Handlungsfreiheit begründet den Anspruch auf demokratische Partizipation. Umgekehrt können aber allein mit Freiheit und Menschenrechten vereinbare Entscheidungen als legitim gelten; andernfalls müsste schlechthin jedweder Mehrheitsentscheid anerkannt werden.

Demokratische Vorbehaltlichkeit ist für eine offene, freie und friedliche Gesellschaft unverzichtbar. Ihr Pluralismus höchst unterschiedlicher, doch gleichermaßen legitimer Lebensformen und Deutungskomplexe ist allein um den Preis friedlichen Miteinanders negierbar. Wie anders sollte dieser Pluralismus also anerkennbar und positiv gestaltbar sein können als mit demokratischer Vorbehaltlichkeit? Von jeher und prinzipiell ist Demokratie daher auch für die Einzelnen damit verbunden, bei der Suche nach Mehrheiten für die eigene Position mittels öffentlicher Argumentation gewissermaßen zu riskieren, dass man im weiteren Verlauf seinerseits von einer anderen Position überzeugt werden könnte. Öffentlicher Vernunftgebrauch ist die Vollzugsform dieses Prinzips der Vorbehaltlichkeit, das Demokraten in einem reflexiven Selbstverhältnis, also als Selbstdistanz aufzunehmen vermögen.

Es sind ebendiese Prinzipien der Indirektheit und Vorbehaltlichkeit moderner Gesellschaft und demokratischer Verfassungsstaatlichkeit, welche von den derzeit in Amerika und in Europa im rechten politischen Spektrum vorherrschenden Populisten unterminiert werden. Diese sind geprägt durch die Stilisierung eines vorgeblich reinen Volksempfindens gegenüber einer Verschwörung dekadenter und korrupter Eliten. Deren kalter, funktionalistischer Rationalität werden Un-

Dafür gehn wir meilenweit

Lauft mit beim Marsch für die Wissenschaft! Sich Blasen an den Füßen zu holen ist immer noch besser, als der Dumm- oder Bosheit der Populisten auf den Leim zu gehen. *Von Karsten Fischer und Peter Strohschneider*



Erdmännchen, habt acht! Nicht alle in eine Richtung sehen oder denken.

Foto dpa

mittelbarkeits- und Gewissheitsansprüche entgegengestellt, die oft affektiv aufgeheizt sind und sich von methodisch verlässlicher, intersubjektiv kommunizierbarer Rationalität durch intuitive Zugänglichkeit und vermeintliche Selbstverständlichkeit unterscheiden. Ein so ausgrenzendes wie regressives Homogenitätsphantasma richtet sich gegen die pluralistische Vorbehaltsbereitschaft zu fortwährender, produktiver Irritation durch sich verändernde Realitäten und neue Erfahrungen, wie sie in den politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen und religiösen Institutionen moderner Gesellschaften unentwegt verarbeitet werden müssen.

Dieser Habitus der Vorbehaltlichkeit steht mit den derzeitigen Populisten zur Disposition. Deshalb ist die Frage, ob in ihnen nicht auch demokratische Grundsätze zur Geltung gebracht würden, eindeutig zu verneinen. Populisten suchen nicht jenen öffentlichen Austausch von Argumenten, der die Bürgerschaft der Demokratie konstituiert; sie erklären sich zum Sprachrohr jenes Volkes, mit dem sie sich eins wähnen und das nicht als vielfältiger *demos* verstanden wird, sondern, gegen jede wache Wirklichkeitserfahrung, als homogener *ethnos*. Sie missachten, dass die Demokratie die Achtung der Schwachen, der Stillen oder gar Stummen und der Minderheit ermöglicht und erfordert; andernfalls hätte es gar keinen Sinn, dass Mehrheitsverhältnisse immer nur auf Zeit festgestellt sind. Der Schutz der Menschenrechte ist also zugleich eine Garantie der fundierenden Werte der Demokratie. Er obliegt einer unabhängigen Judikative, die damit eine konstitutive demokratische Repräsentationsfunktion übernimmt. Der Populismus hingegen sieht sich im Widerstand gegen diese Pluralität auch der Institutionen. Deswegen bekämpft er eine unparteiliche Justiz, insbesondere in Form der Verfassungsgerichtsbarkeit, die freie Wissenschaft und investigativen Journalismus gleichermaßen als Feinde.

Dabei verschieben sich im Zuge der propagandistischen Manipulation der politischen Willensbildung des Volkes, wie sie

der Geschäftsmann Trump und die Berufspolitiker von AfD, Front National, Ukip, Fidesz oder PiS versuchen, die Grenzen zwischen dem Sagbaren und dem Unsäglichen. Der Populismus provoziert demagogisch jene Ressentiments, die er authentisch zu repräsentieren bloß vorgibt. Verzerrungen, Verfälschungen und Verleumdungen sollen eine eigendynamische Rückwirkung auf das vermeintliche Volksempfinden entfalten. Und dabei mutiert „Volk“ vom Begriff des integrativen Pluralismus der Bürgergesellschaft zur Leitphrase eines identitären Ethnizismus, der seine regressiven, weil unter modernen Bedingungen illusorischen Homogenitätsbedürfnisse mit der notfalls gewaltsamen Exklusion all dessen durchsetzen will, was ihn als unvertraut und fremd stört. Dabei stilisieren sich die Täter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als Opfer von Überfremdung und Benachteiligung; schließlich sind Opferdiskurse im Machtspiel der Politik ein probates Verfahren der moralischen Selbstermächtigung. Die für populistische Politiker typische, in Körpersprache und Mimik bei Trump, Wilders, Kaczynski, Le Pen, Erdogan und Putin gleichermaßen beobachtbare Habitualisierung eines aggressiven Beleidigtseins, das sich in Ressentiments gegenüber allem Fremden, Unvertrauten und Missliebigen entlädt, und die Vulgarität ihrer Einlassungen sind demnach nicht lediglich eine Stillfrage. Es handelt sich um eine Machttechnik, die sich gegen humanitäre Standards und öffentlichen Vernunftgebrauch richtet.

Mit der Tribalisierung der modernen Gesellschaften in emotional erhitzte Gemeinschaften, die sich davon entlastet fühlen, einander noch differenziert wahrnehmen und darin den komplexen Pluralismus der vernunftorientierten Moderne anerkennen zu müssen, erodiert, solange nur das eigene Anliegen verfolgt wird, die Verpflichtung auf Nachvollziehbarkeit und Aufrichtigkeit. Während Jürgen Habermas den Verzicht auf performative Widersprüche zum Kriterium rationaler Kommunikation erhoben hatte, lebt der

Populismus also ein ganzes Bündel solcher Widersprüche aus: In der vorgeblichen „Lügenpresse“ werden eigene Lügen verbreitet, die als *alternative facts* sprachlich verharmlost und verschleiert werden. Den Massenmedien wird Abschluss und Verleumdung vorgeworfen, obwohl der Populismus in ihnen geradezu ein Aufmerksamkeitsprivileg genießt. Die angeblich elitenkritische Führungsebene populistischer Bewegungen besteht ihrerseits aus Eliten. Gegen die Rhetorik der Alternativlosigkeit wird eine eigene Alternativlosigkeit beansprucht, die sich Debatten über Minderheitenrechte systematisch verweigern zu dürfen glaubt, weil demokratischen Wahlergebnissen nicht mehr der Status fehlertoleranter und zeitlich begrenzter Vorbehaltlichkeit zugestanden wird, sondern politische Gewissheitsansprüche über den institutionalisierten, demokratischen Fallibilismus mit seinen menschenrechtlichen Sicherungen gestellt werden. Alle diese Widersprüche kommen zusammen in einer Internationale neuer Nationalisten.

Der Populismus kann sich vom Nachweis dieser Widersprüchlichkeiten so gänzlich unbeeindruckt zeigen, weil er eine Spielart jener Verschwörungstheorien ist, die die Geschichte der Zivilisationen stets begleitet. Man immunisiert sich gegen Widerlegung und denunziert jede politische Alternative, indem man Kritiker und Konkurrenten dem Generalverdacht unterwirft, Teil einer Verschwörung zu sein. An die Stelle einer Hermeneutik des vorbehaltlichen diskursiven Streitens tritt eine Taktik des insinuativen Verdachts. Und darin sind die Populisten letztlich eine Form der Regression in die vorpolitische Autosuggestion unmittelbarer Gemeinschaftlichkeit. „Dummheit und Rohheit“, so hat Jens Jessen in der „Zeit“ geschrieben, „werden zur Quelle eines unverstellten Weltzugangs erklärt. Es ist die Idee des edlen Willens, dem, gerade weil er kulturell unberührt blieb, der Besitz einer höheren und intuitiven Weltweisheit angedichtet wird.“

Doch wird mit der Verbreitung massiven Misstrauens gegen Eliten und Experten nicht nur der Austausch von Argumenten als gemeinsame Verständigungsbasis aufgekündigt. Er wird von den selbsternannten Vertretern des Volksempfindens geradezu unter Verdacht gestellt, so dass die demokratische Deliberation der populistischen Denunziation zum Opfer fällt. Wie alle Verschwörungstheorien verfälscht auch der manichäische Elitenhass eine vielschichtige Wirklichkeit zu einer simplen Weltansicht. Und ebenso ist die Einstimmigkeit fachlicher Expertise, wie sie populistisch unterstellt (und technokratisch beansprucht) wird, eine Fiktion.

Es tritt hier also auch jene neueste Form einer Dialektik der Aufklärung auf den Plan, dass gute Argumente gebildeter Personen zu Ressentiments gegen Bildung und gute Argumente führen. Die populistischen Vereinfachungen verheißen, die Komplexität der Wissenschaftsgesellschaft unterlaufen und den Zumutungen der modernen Welt schadloos entkommen zu können. Dazu bedarf es einer Verächtlichmachung des sachlichen Diskurses, der methodischen Wahrheitssuche und der Begründungsbedürftigkeit von Geltungsansprüchen. Das zeigt sich derzeit zum Beispiel in den amerikanischen Plänen einer Zensur der Erforschung anthropogenen Klimawandels, am pseudowissenschaftlichen Neokreationismus, an den Plänen der Regierung zur Abschaffung des „National Endowment for the Humanities“, an der despotischen „Säuberung“ türkischer Universitäten oder an der Bedrohung der Central European University Budapest inmit-

ten dessen, was noch immer Europäischer Hochschulraum genannt wird.

Mit der Reflexivitätsaversion und Wissenschaftsfeindlichkeit des Populismus steht, aufs Ganze gesehen, allerdings nicht weniger in Frage als die moderne Selbsterfahrung und Werthaltung produktiver Irritabilität. Dies erklärt den antipopulistischen Protest und Widerstand von Wissenschaftlern. Umso wichtiger ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen Wissenschaft und Demokratie vis-à-vis dem Populismus.

Populistische Wissenschaftsfeindschaft schwillt rasant an. Sie ist besorgniserregend, weil sie sich nicht allein gegen die institutionellen Voraussetzungen der Wissenschaften richtet und nicht auf die Ablehnung einzelner wissenschaftlicher Konzepte begrenzt ist. Vielmehr negieren die Populisten einen intellektuellen Habitus, ohne den sich Wissenschaft nicht denken und betreiben lässt und der daher auch in der akademischen Lehre kultiviert werden muss: die wache Haltung intellektueller Neugier und Aufgeschlossenheit, die prinzipielle Bereitschaft, sich durch die Welt und dasjenige, was andere über sie wissen, irritieren zu lassen. Es ist konstitutiv für moderne Wissenschaft, dass die Beobachtung der Welt nicht auf Wiedererkennungseffekte ausgerichtet ist, sondern auf die Durchbrechung etablierter Erwartungen. Man muss bereit sein, die eigenen Annahmen durch neue Phänomene, durch Neubearbeitung bekannter Phänomene, durch konkurrierende Hypothesen und Theorien in Frage stellen zu lassen. Wissenschaftliche Forschung besteht maßgeblich in der Verwandlung von Vertrautem in Unvertrautes, von Selbstverständlichem in Staunenswertes: Dass Äpfel nach unten fallen, ist erst ein Problem, seit Newton dieser Alltagserfahrung eine wissenschaftliche Fragestellung abgewonnen hat. Wissenschaftliches Wissen steht daher stets unter einem sachlichen und zeitlichen Vorbehalt der Revidierbarkeit. Andernfalls wäre die Suche nach neuem Wissen schwerlich motivierbar und erstarrte wissenschaftliche Erkenntnis im Dogmatismus.

Was sich als geistiger Habitus der Irritationsbereitschaft ausprägt, ist also ein Prinzip der Wissenschaft schlechthin, nämlich ein Modus kritischer Distanzsetzung von Welt zu sein. Er eröffnet die Räume, in denen sich Reflexionsfähigkeit, präzises Argumentieren und gelassene Urteilsfähigkeit bilden können, individuell wie gesellschaftlich. So tragen Forschung und Studium dazu bei, eine Haltung der Offenheit gegenüber dem Unvertrauten einzuüben und damit jenen Gebrauch aufgeklärter Vernunft, der das Wichtigste ist, was sich den inhumanen populistischen Vereinfachern entgegensetzen lässt. Dieses Potential besitzen alle reflexiv und methodenbewusst betriebenen Wissenschaften. Es verbürgt nicht zuletzt ihre Einheit. Der wichtigste institutionelle Ort, an dem dieser Habitus entwickelt, gepflegt und produktiv gemacht werden kann, ist die Universität. Ihr Freiheitsanspruch ist insofern höchst funktional.

Diesbezüglich verdient es kritische Aufmerksamkeit, wenn sich im notwendigen Einspruch gegen autokratische Wissenschaftsfeindlichkeit und populistischen Anti-Intellektualismus derzeit positivistische Wissenschaftskonzepte öffentlich neu profilieren, die wissenschafts- und erkenntnistheoretisch ebenso unbedacht sind wie demokratiethoretisch. Es gibt eine irritierende Wahlverwandtschaft zwischen autoritärem Populismus und scientokratischem Antipopulismus. Der populistische Unterminierung der komplexen Vorbehaltlichkeit pluralistischer Gesellschaften und konstitutioneller Demokratien lässt sich indes schlecht entgegenzutreten, indem man – den prinzipiellen Skeptizismus

moderner wissenschaftlicher Wissenschaften einfach ignorierend – Gesellschaft und Staat anstatt auf die Einheitsphantasien neu-nationalistischer Ethnizismen auf die vermeintliche Einheit einer einzigen wissenschaftlichen Wahrheit zu verpflichten sucht. Gleich dem Pluralismus bürgerlicher Öffentlichkeit und der Freiheit des demokratischen Verfassungsstaats beruht auch die Dynamik der wissenschaftlich-technischen Zivilisation darauf, dass wissenschaftliche Wahrheitssuche und Machtpolitik unterschieden bleiben.

In diesem Zusammenhang hat schon Hannah Arendt bemerkt, aus politischer Perspektive sei Wahrheit generell despotisch, weil „innerhalb des Bereichs menschlicher Angelegenheiten jeder Anspruch auf absolute Wahrheit, die von den Meinungen der Menschen unabhängig zu sein vorgibt, die Axt an die Wurzeln aller Politik und der Legitimität aller Staatsformen legt“. Denn jedwede Wahrheit stellt einen Gültigkeitsanspruch, der nicht debattierbar ist und damit „das eigentliche Wesen allen politischen Lebens“ ausschließt, das im „Austausch und Streit der Meinungen“ besteht. Wissenschaftliche Wahrheit gegen politische Macht in Stellung zu bringen, statt auf beider Inkommensurabilität zu bestehen, wäre eine wissenschaftstheoretisch und wissenssoziologisch naive Form von Scientizismus, die dem wissenschaftsfeindlichen Populismus auf eigene Weise in die Hände zu spielen droht.

Es gilt demnach, einer Atrophie der Politik ebenso zu widerstehen wie einer komplementären Hypertrophie der Wissenschaft. In der modernen Gesellschaft dürfen weder Wahrheitsfragen, wie diejenige nach dem globalen Klimawandel, von der Politik voluntaristisch eskamotiert werden, noch dürfen Machtfragen, wie diejenige nach legitimen Konsequenzen aus gesellschaftlichen und ökologischen Veränderungen, scientokratisch vorentschieden werden. In diesem Sinne wären Politisierung, auch Demokratisierung wissenschaftlichen Wissens ebenso dessen Ende, wie eine Scientifizierung der Demokratie deren Auflösung bedeutete. Die Inkommensurabilität von Wissenschaft und Demokratie, von sachorientiertem Wahrheits- und wertebundenem Mehrheitsprinzip, ist nicht aufzuheben.

Vielmehr muss betont werden, dass die Wissenschaftsgesellschaft paradoxerweise die Autorität des Wissens beschränkt. Moderne Wissenschaft ist dezentral und pluralistisch. Sie kennt keine übergeordnete Instanz zur Schlichtung des „Streits der Fakultäten“ (Immanuel Kant) oder zur privilegierten Außenvertretung. Es gibt nicht die eine Stimme der Wissenschaft, die gesellschaftlich Gewissheiten vermittelt und verbürgt, sondern nur Konkurrenzen jeweils methodisch ausgewiesener Erkenntnis. Wissenschaft sagt, was der Fall ist und was dahintersteckt (Niklas Luhmann), nicht, was alternativlos der Fall sein sollte. Und allein wenn sie, sich selbst ernst nehmend, scientokratischer Selbstermächtigung widersteht, kann Wissenschaft dazu beitragen, dass die Unterscheidung zwischen Wahrheit und Lüge auch in Zukunft auf Sachfragen bezogen bleibt, anstatt auf Machtfragen.

Demokratische Politik bedarf in so gut wie jeder Hinsicht wissenschaftlich begründeter Information und Expertise, aber sie ist mehr als bloß deren Umsetzung in gesellschaftliche Wirklichkeit. Gegen populistische Durchgriffsphantasmen muss Demokratie darauf insistieren, Effizienz auch zu begrenzen, indem sie die zeit- und kräftezehrende Legitimierung von Entscheidungen durch Deliberation und Interessenausgleich vornimmt.

Im Fluchtprotokoll dieser funktionalen Differenzierung liegt also durchaus eine Strukturhomologie zwischen Demokratie und Wissenschaft. Beide setzen auf die öffentliche Prüfung von Argumenten und Gegenargumenten. Der Demokratie mit ihrer Revisionsfähigkeit von Entscheidungen und ihrer institutionellen Offenheit für den Wechsel der Mehrheiten entspricht der Revisionismus wissenschaftlicher Erkenntnis.

Demokratie und Wissenschaft sind also darin verbunden, dass beide permanente Irritationsbereitschaft institutionalisieren: Sie sind Kulturen des Vorbehalts. Zweifel, Nachfragen, Widerlegungen, neue Fragestellungen und andere Perspektiven sind beider Prinzip. Wie Wissenschaftler lassen sich auch demokratische Bürger irritieren in dem, was sie bis dato für richtig gehalten haben. Demokratie bedeutet schließlich eine Bereitschaft zu einer höherstufigen als der allein subjektiven Rationalität. Und hierin liegt der historische und systematische Grund für die Verbindung von moderner Wissenschaft und Demokratie. Totalisierende Gewissheits-, Unmittelbarkeits- und Identitätspräntionen populistischer, neonationalistischer oder anderweitig regressiver Provenienz aber sind das Gegenteil jener indirekten und irritablen Vorbehaltlichkeit freier Wissenschaft und freiheitlicher Demokratie.

Die Unterscheidung der strukturellen homologen Gesellschaftsbereiche von Wissenschaft und demokratischer Politik ermöglicht und gewährleistet eine Steigerung von Komplexität, die entgegen den aktuellen Einschüchterungen populistischer Vereinfacher freiheitsförderlich ist: So, wie die Beschränkung von Religion auf Privatüberzeugungen ein Höchstmaß an Religionsfreiheit ermöglicht, so garantiert die Beschränkung der Wissenschaft auf kritischen Revisionismus das enorme Wachstum wissenschaftlichen Wissens und sorgt die Einbeziehung der Politik auf das verfassungs- und menschenrechtlich Zulässige für die Vermehrung politischer Alternativen.

Diese Aussichten lohnen ein gemeinsames Eintreten, das der Versuchung feiger Gleichgültigkeit ebenso widersteht wie derjenigen selbstgerechter Überhebung.

Karsten Fischer lehrt Politische Theorie an der LMU München.

Peter Strohschneider ist Mediävist und Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Michael Ballhaus

5. August 1935 – 11. April 2017

In Erinnerung an den Menschen,
sein Schaffen und seine Kraft
in Liebe

Sherry Hormann und Lena
Sebastian Ballhaus, Sophie und Nathalie
Florian Ballhaus, Pamela Katz, Rebecca und Louisa

seine Anverwandten
und alle seine nahestehenden Freunde